

## **Kreistagssitzung 08.04.2019**

### **TOP 20: Dieselfahrverbote in Darmstädter Innenstadt**

#### **(Rede Bärbel van Dijk)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ab Juni 2019 kommt, nach außergerichtlicher Einigung zwischen der DUH und dem Land Hessen, das Dieselfahrverbot in der Hugelstrae/Cityring und einer der wichtigsten Ausfallstraen Darmstadts, der Heinrichstrae. Für Diesel bis Euronorm 5 und Benzin bis Euronorm 2.

Weitere Teile dieser Vereinbarung sind die automatisierte Überwachung des LKW-Durchfahrtsverbots, Stilllegung einiger Fahrspuren an den beiden betroffenen Straen und Tempo 30, sowie die Überprüfung zum 01.02.2020, ob durch diese Manahmen die Einhaltung des NOx Grenzwertes von 40 Mikrogramm gewahrt waren.

Wer zu Stozeiten mit dem PKW in Darmstadt unterwegs ist, wei, dass Darmstadt für Verkehrsteilnehmer schon seit Jahrzehnten ein wahr gewordener Albtraum ist. Zu den seit vielen Jahren in vielen Fällen völlig sinnfreien Ampelschaltungen, die den Verkehr ausbremsen und Staus verursachen, kommen heute Baustellen, oft an zwei neuralgischen Punkten gleichzeitig, Verengung von Fahrspuren zugunsten von überdimensionierten Fahrradwegen, Stilllegung von Fahrspuren, und neuerdings die Aussperrung von Dieselfahrzeugen auf wichtigen Pendlerstrecken. Dass sich die Fahrer dieser Dieselautos Schleichwege, meist durch Wohnstraen suchen müssen und werden, geschenkt!

Auffallend ist bei allen Manahmen das völlig egoistische und rücksichtslose Vorgehen der Stadt Darmstadt gegenüber der Bevölkerung des Landkreises. Sehr deutlich wurde dies schon bei der Einrichtung der Umweltzone und des LKW-Durchfahrtsverbots von West nach Ost und umgekehrt. Leidtragende sind die Bürger etlicher Kommunen des Landkreises, die nun auf engen Ortsstraen, die überhaupt nicht für Schwerlastverkehr geeignet sind, mit 100erten LKW Tag und Nacht zu kämpfen haben.

Jetzt werden die Diesel bis Euronorm 5 auf zwei Hauptverkehrswegen ausgesperrt. Erneut trifft es überwiegend die Pendler aus dem Landkreis. Können Darmstädter Bürger dies in den meisten Fällen innerorts mit öffentlichen Verkehrsmitteln ausgleichen, bleibt den Pendlern diese Alternative schon mangels Parkmöglichkeiten in den Auenbezirken der Stadt verwehrt. Der ÖPNV kommt aus offensichtlichen Gründen für viele Pendler nicht in Frage.

Wir fordern sowohl Landkreis als auch Stadt dazu auf, Planung und Bau von Entlastungsstraen, insbesondere der Nordost-Umgehung voranzutreiben.

Die Gewährung von Rechtsschutz durch den Landkreis, sprich durch alle Steuerzahler, wie von F21 gefordert, weist die AfD-Fraktion nachdrücklich zurück. Jedoch wäre ein gemeinsames Vorgehen durch die Stadt Darmstadt und den Landkreis zu prüfen, die Stadt Frankfurt hat bewiesen, dass es, wenn man sich wehrt, auch ohne Fahrverbote geht.